

A1 By2020WeRiseUp - Klimagerechtigkeit jetzt!

Antragsteller*in: Annka Esser, Marlene Jahn, Kira Wesbuer, Justus Zimmermann, Alexander König, Alexander Kräß (GRÜNE JUGEND Berlin)
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

1 By2020weriseup – Klimagerechtigkeit jetzt!

2 2020 halten sowohl Berlin, als auch Deutschland und die EU die Klimaziele nicht
3 ein, die in Paris 2015 auf der Weltklimakonferenz vereinbart wurden, um unsere
4 Lebensgrundlage zu erhalten. Bei jedem Zehntel Grad globale Erdaufheizung
5 bedeutet das die meist unumkehrbare Zerstörung der Lebensgrundlage Tausender
6 Menschen und das Aussterben von Tierenarten.

7 Während Fridays for Future mittlerweile seit über einem Jahr für eine
8 klimagerechte Welt auf die Straße geht, ist politisch viel zu wenig passiert.
9 Wir werden diese Untätigkeit nicht länger akzeptieren. 2020 werden wir unseren
10 Protest in alle Klassenzimmer, in jeden Arbeitsplatz, auf die Straße und unsere
11 Freund*innenkreise tragen, bis allen klar ist, warum wir drastisch die
12 Treibhausgasemissionen sofort senken müssen. Die globale Temperatur muss so
13 niedrig wie nur möglich gehalten werden.

14 Heute können wir noch bestimmen, wie stark sich die Welt verändert. Und selbst
15 heute lassen sich die Folgen der bisherigen Erderwärmung nicht mehr
16 zurückdrehen. Sobald wir aber bestimmte Kipp-Punkte erreicht haben, werden
17 Kettenreaktionen angestoßen, die wir vermutlich nicht mehr aufhalten können. Und
18 ungerechterweise sind erst die von der Klimakrise betroffen, die am wenigsten
19 dazu beigetragen haben, sowie am wenigsten politische Gestaltungsmacht haben,
20 geschweige denn sich gegen die Folgen des Klimawandels schützen können. Dies
21 gilt innerstädtisch wie global.

22 In Berlin leben etwa meist finanziell schwächer ausgestattete Menschen an
23 vielbefahrenen Straßen oder in energetisch nicht sanierten Häusern. Die
24 Klimakrise ist deshalb auch eine soziale Gerechtigkeitsfrage, weil nur bestimmte
25 Menschen über die Mittel verfügen sich gegen die Folgen des Klimawandels zu
26 wehren.

27 Wir als Grüne Jugend Berlin sagen klar: Wir wollen nicht länger auf dem Rücken
28 von Menschen im Globalen Süden leben. Den Kapitalismus, der auf unendlichem
29 Wachstum und Ausbeutung von Menschen, Tieren und Natur basiert und somit Schuld
30 an der Klimakrise ist, müssen wir zeitnah überwinden!

31 Damit stehen wir vor einer riesigen gesellschaftlichen Herausforderung, die wir
32 nur gemeinsam schaffen. Es geht nicht darum, Berliner*innen grundlos das
33 Autofahren oder Fleisch essen zu verbieten. Grundlage der Debatte sollten nicht
34 individuelle Konsumentenscheidungen sein, sondern wie wir es schaffen
35 schnellstmöglich unsere Treibhausgasemissionen auf ein Netto-Null spätestens
36 2030 zu reduzieren um unsere Lebensgrundlage zu erhalten.

37 Wir müssen endlich anfangen, uns über unsere Bedürfnisse auszutauschen und
38 gemeinsam auszuhandeln, wie wir diese klima- und sozialverträglich gerecht
39 werden können. Für einige Menschen wird dieser Wandel hin zu einer
40 klimaneutralen Gesellschaft drastische Folgen haben, sodass sich beispielsweise
41 ihr Berufsfeld ändert. Sie dürfen nicht alleine gelassen werden. Wir müssen uns

42 aber der Verhältnismäßigkeit bewusst sein: Kein Geld oder Arbeitsplatz ist es
43 wert, dass Menschen im globalen Süden und nachfolgende Generationen ihre
44 Lebensgrundlage verlieren.

45 Wir müssen jetzt handeln und den Kapitalismusausstieg 2020 einleiten und damit
46 unsere gesamte Lebensweise in Frage stellen. Die Klimakrise aufzuhalten, ist die
47 wichtigste Ausgabe unserer Generation. Gemeinsam kämpfen wir für eine
48 klimagerechte Welt!

49 Klimagerechtigkeit und Feminismus – one struggle, one fight!

50 Die Klimakrise verschärft soziale Ungerechtigkeit und so sind Frauen* und
51 Mädchen* weltweit am

52 stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen.

53 Eine Folge des Klimawandels sind beispielsweise längere Wasserwege, die dazu
54 führen kann, dass Mädchen* keine Bildung genießen können.

55 Des Weiteren sterben bei Umweltkatastrophen oft bis zu Vier mal mehr Frauen*,
56 weil sie zum Beispiel nicht schwimmen gelernt haben, sie sich im Gegensatz zu
57 Männern* Zuhause aufhalten, wo es keine Frühwarnsysteme gibt oder auch
58 verantwortlich für die Leben von Kindern oder älteren Verwandten sind. Trotz der
59 stärkeren Betroffenheit, werden sie meist gar nicht in Entscheidungsprozesse
60 über Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen eingebunden, obwohl sie, gerade
61 indigene Frauen*, in vorderster Reihe gegen die fossile Industrie und die durch
62 deren Wirtschaften verursachte Umweltzerstörung kämpfen und dafür sogar tödliche
63 Repressionen in Kauf nehmen.

64 Aber auch in Ländern des globalen Nordens, wie Deutschland, haben Frauen*
65 aufgrund von stereotypen Verhaltensweisen oder geringerer finanzieller Mittel
66 oft kleinere CO₂-Fußabdrücke als Männer*. Auch hier wird Klimapolitik in den
67 meisten Fällen von Männern* für Männer* gemacht. E-Auto-Förderungen nutzen zum
68 Beispiel fast ausschließlich weiße, mittelalte Akademiker*, da sie die
69 finanziellen Mittel haben und nicht auf Viersitzer angewiesen sind. Frauen* sind
70 im Gegensatz dazu durchschnittlich eher mit dem ÖPNV unterwegs oder nutzen kurze
71 Fußwege. Viele Maßnahmen, wie Energieberatungen, werden deutlich weniger von
72 Frauen* genutzt, weil diese meist sehr technisch sind und sich Frauen* aufgrund
73 von geschlechterstereotyper Erziehung weniger angesprochen fühlen. An dieser
74 Stelle muss noch einmal klar gestellt werden, dass Frauen* sich nicht biologisch
75 bedingt weniger für E-Autos oder Energieberatungen interessieren, sondern dass
76 dies die Folgen unserer gesellschaftlichen Machtverhältnisse und Strukturen
77 sind.

78 Gleichzeitig ist es eine Realität, die sich durch alle Lebensbereiche zieht,
79 dass die Tätigkeiten, die durchschnittlich eher männlich besetzt sind, stärker
80 gefördert werden. Auch in der Klimapolitik. Solange diese soziale Realität
81 vorhanden ist, ist eine feministische Klimapolitik nötig! Es muss jedoch immer
82 wieder kritisch reflektiert werden, wie die patriarchalen kolonialrassistischen
83 Strukturen unserer Gesellschaft aufgebrochen werden können!

84 Für uns ist klar, wenn wir unsere Lebensgrundlage erhalten und unsere
85 Gesellschaft klimagerecht umbauen wollen, brauchen wir auch das Wissen und die
86 Perspektive von Frauen*. Dafür müssen Frauen* in alle Entscheidungsprozesse über
87 Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen mit eingebunden werden. Einfach die

88 bestehenden Entscheidungsstrukturen mit mindestens 50% Frauen* zu besetzen
89 reicht aber nicht aus! Perspektiven von Frauen* müssen bei allen Maßnahmen und
90 Konzepte mit gedacht werden. Dafür müssen diese konsequent durch beispielsweise
91 Gender Budgeting darauf geprüft werden, ob Frauen* gleichberechtigt von den
92 Maßnahmen profitieren oder sich von ihnen angesprochen fühlen. Daher sprechen
93 wir uns für einen geschlechtergerechten Klimavorbehalt aus.

94 Wir fordern:

- 95 • konsequente, gleichberechtigte Einbindung von Frauen* in die
96 Entscheidungsprozessen für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen
- 97 • den geschlechtergerechten Klimavorbehalt

98 Verkehrswende Jetzt!

99 Der gesamte Verkehrssektor in Deutschland ist für über 18% der Treibhausgase
100 verantwortlich. Obwohl die spezifischen Emissionen eines PKWs in den letzten 30
101 Jahren stark gesunken sind, wurde deutlich mehr Auto gefahren, was absolut eine
102 Steigung der Emissionen im Verkehrssektor seit 1990 zur Folge hatte.

103 Um die Schäden, die durch die Klimakrise entstehen zu begrenzen, brauchen wir
104 sofort eine radikale Verkehrswende!

105 Autofreie Stadt jetzt!

106 Das vom Auto ein sehr großer Teil, der in der Stadt verfügbaren Fläche
107 eingenommen wird und dies immer noch z.B. durch (fast) kostenlose
108 Anwohner*innenparkausweise oder billige Parkgebühren stark subventioniert wird,
109 ist nicht hinnehmbar! Damit Berlin seine Klimaziele einhalten kann, müssen wir
110 endlich weg vom motorisierten Individualverkehr! Daher fordert die Grüne Jugend
111 Berlin eine autofreie Innenstadt bis 2025.

112 Anfangs könnte der Berliner Senat auf Anreize setzen, das Auto stehen zu
113 lassen. Wir unterstützen Maßnahmen, wie die künstliche Verknappung und
114 Verteuerung von Parkfläche. Außerdem sollen nach und nach immer mehr Straßen für
115 Autos gesperrt werden und zu reinen Fahrradstraßen umgewandelt werden.

116 Bis 2030 soll Berlin dann komplett autofrei sein. Um diese drastische Umstellung
117 sozial gerecht zu gestalten, sollen Carsharing-Angebote mit Elektro- und
118 Wasserstoffautos auf die Außenbezirke ausgeweitet werden. Für Menschen, die nach
119 Berlin pendeln, soll es große Parkplatzanlagen am Rand der Stadt geben. Alle
120 Autofahrer*innen, die ihr Auto dort abstellen, sollen mit einem kostenlosen ÖPNV
121 Ticket belohnt werden. Die Fahrrate[1] der einzelnen Bezirke sollen lokal
122 weitere Konzepte erarbeiten, die die ökologische Weiterfahrt von den Parkplätzen
123 am Stadtrand ermöglichen.

124 Durch die autofreie Stadt werden einerseits große Mengen Co2 eingespart und
125 andererseits verbessert sich die Lebensqualität enorm - Weniger Lärm, Feinstaub
126 und Abgase[2]. Der, durch Parkfläche und Straßen, frei werdende Platz soll für
127 breitere Fahrradwege genutzt oder alternativ entsiegelt, begrünt und dann als
128 Begegnungsfläche im Kiez gebraucht werden. Nur so kann die öffentliche Fläche in
129 der Stadt endlich fair von allen Berliner*innen in gleichem Maße genutzt werden
130 und wird nicht von einem kleinen, privilegierten Teil, der ein Auto hat,

131 dominiert. Autos nehmen momentan überproportional viel Platz im Stadtbild ein
132 und drängen alle anderen Verkehrsteilnehmer*innen stark am den Rand.

133 Guter ÖPNV für alle!

134 Um eine sinnvolle Alternative zum Auto innerhalb der Stadt bieten zu können,
135 brauchen wir

136 massive Investitionen in den Berliner ÖPNV. Wir unterstützen die Pläne des
137 Senats in den nächsten 15 Jahren knapp 30 Milliarden Euro in den Nahverkehr zu
138 investieren[3]. Es gibt viele überlastete Strecken, Züge und Busse sind marode,
139 weshalb es zu Ausfällen und Verspätungen kommt. Außerdem sind Randbezirke
140 oftmals nicht gut angebunden (gerade in der Nacht). Diese Defizite müssen so
141 schnell wie möglich behoben werden, damit der ÖPNV für alle Berliner*innen eine
142 gute und sinnvolle Alternative darstellt. Außerdem begrüßen wir, dass alle
143 Berliner Schüler*innen bereits ein kostenloses Ticket erhalten und fordern dies
144 in Form der Bärenkarte[4] auf alle Berliner*innen auszuweiten. Langfristig
145 setzen wir uns für einen, zu jeder Zeit, umlagenfinanzierten ÖPNV ein.

146 Der aktuellen Tendenz, die Berliner Busflotte zu elektrifizieren stehen wir
147 kritisch entgegen, da mit der Herstellung der Batterien ein hoher
148 Materialaufwand einhergeht und damit aus ökologischer Sicht keine wirkliche
149 Alternative darstellt. Aus diesem Grund fordern wir, dass bei weiterer
150 Ausweitung der Bussflotte, die Verwendung von alternativen Antrieben, wie
151 Wasserstoff, oder die Förderung von Oberleitungsbussen geprüft werden.

152 Die Straßen denen, die sie brauchen!

153 Neben dem ÖPNV möchten wir den Fußgänger*innen und Radfahrenden höchste
154 Priorität im Straßenverkehr geben und ihnen mehr Platz zur Verfügung stellen.
155 Fahrradwege müssen weiter und schneller ausgebaut werden, damit man überall
156 sicher mit dem Fahrrad hin fahren kann. Berlin braucht mehr sogenannte
157 „Protected Bike Lanes“[5], wie in Berlin-Mitte an der Holzmarktstraße. Diese
158 bieten Radfahrenden durch die klare Abgrenzung zum Autoverkehr besonderen Schutz
159 und außerdem deutlich mehr Platz, als auf den konventionellen Fahrradweg neben
160 dem Bürger*innensteig oder am Rand der Straße.

161 Außerdem sollen auch Fahrradschnellwege ausgebaut, erweitert und gefördert
162 werden. Nur durch reine Fahrradstraßen kann die Unfallgefahr für Radfahrende
163 minimiert werden. Schon existierende Straßen können durch den Einsatz von
164 Pollern für Autos unpassierbar gemacht werden. Einen Fahrradring parallel zum S-
165 Bahn-Ring halten wir für eine gute Möglichkeit mit dem Fahrrad in der Innenstadt
166 sicher mobil zu sein.

167 Wir fordern außerdem mehr gut ausgeleuchtete Fahrradstellplätze z.B. an
168 Bahnhöfen und Fahrradparkhäuser, damit das Risiko durch Fahrraddiebstahl
169 minimiert wird.

170 Damit zu Fuß gehen attraktiver wird, fordern wir optimierte Ampelzeiten für
171 Fußgänger*innen, sowie barrierefreie Fußwege, damit sich auch Menschen im
172 Rollstuhl frei in der Stadt bewegen können.

173 Fußgänger*innen teilen sich heutzutage oftmals den Bürger*innensteig mit E-
174 Rollern, Radfahrenden und illegal parkenden Autos. Das darf nicht weiter
175 vorkommen! Die Bürger*innensteige müssen ausschließlich für Fußgänger*innen

176 sein. Darum muss an jeder Straße eine Fahrradweg existieren und die Strafen für
177 Falschparken müssen drastisch erhöht werden.

178 Scheinlösungen, die vom wahren Problem ablenken

179 Die Grüne Jugend Berlin positioniert sich klar gegen Scheinlösungen, wie E-
180 Roller. Diese sind

181 nicht nur extrem Umweltschädlich, sondern ersetzen letztendlich auch Wege,
182 welche ansonsten zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt wurden[6]. Aus diesem
183 Grund fordern wir den Berliner Senat auf endlich ehrlich die Verkehrswende voran
184 zu bringen und nicht durch Scheinlösungen abzulenken.

185 Am Boden bleiben!

186 Fliegen ist die mit Abstand schädlichste Fortbewegungsmethode und gerade
187 Inlandsflüge sind aufgrund des einigermaßen flächendeckenden Bahnnetzes
188 überflüssig und nicht ethisch vertretbar. Aus diesem Grund fordern wir, dass vom
189 Flughafen Tegel, Schönefeld und bei Eröffnung des BER auch dort keine
190 Inlandsflüge starten und landen.

191 Außerdem muss der Flughafen Tegel umgehend geschlossen werden, da die Menschen,
192 die in den Bezirken Pankow, Reinickendorf und Spandau leben, extrem unter dem
193 Fluglärm und Abgasen der Flugzeuge leiden.

194 Wir positionieren uns gegen den geplanten weiteren Ausbau des BER[7], da Fliegen
195 aufgrund der extremen Umweltschädlichkeit nicht zeitgemäß ist

196 Momentan gibt es manchmal durchaus berechtigte Gründe zu fliegen, z.B. wenn eine
197 geflüchtete Person die eigene Familie besuchen möchte. Jedoch müssen wir, damit
198 die Klimakrise effektiv gestoppt werden kann, langfristig vollständig auf das
199 Fliegen verzichten.

200 Konsequente Klimagerechtigkeit auch auf dem Wasser

201 Durch die Spree, die Havel, die Kanäle und die zahlreichen Seen ist Berlin auch
202 vom Schifffahrtsverkehr geprägt. Klimaschutz darf hier nicht Halt machen – nicht
203 nur Autos, sondern auch Boote müssen auf lange Sicht emissionslos werden. Wir
204 fordern deshalb: Boote mit alternativen Antrieben müssen verstärkt gefördert
205 werden und diesel- und gasbetriebene Schiffsmotoren zunehmend abgeschafft
206 werden.

207 Der Sport- und Privatschifffahrtsverkehr mit Motorbooten ist ein
208 klimaschädlicher Luxus, den sich nur wenige, wohlhabende Menschen leisten
209 können. Im Sinne einer lokalen und globalen Klimagerechtigkeit fordern wir, dass
210 er eingestellt werden soll.

211 Wir Fordern:

- 212 • •Berlin autofrei bis 2030
- 213 • •Kein Privatbesitz von Autos in Städten
- 214 • •Verknappung und Verteuerung von Parkfläche in Berlin
- 215 • •Ökologische sowie gemeinschaftliche Nutzung von frei gewordener Fläche
- 216 • •Massive Investitionen in ÖPNV
- 217 • •Bärenkarte für alle Berliner*innen, langfristig umlagenfinanzierter ÖPNV
- 218 • •Keine Inlandsflüge nach und von Berlin
- 219 • •Mehr Platz für Radfahrende und Fußgänger*innen
- 220 • •Sichere Fahrradwege
- 221 • •Erweiterungen der Möglichkeiten das Fahrrad abzustellen
- 222 • •Optimierte Ampelzeiten für Fußgänger*innen, barrierefreie Fußwege
- 223 • •Tegel schließen!
- 224 • •Kein weiterer Ausbau vom BER
- 225 • •klimafreundlichen Schiffsverkehrsverkehr in Berlin
- 226 • •Einschränkung/Verbot von privatem Schiffsverkehr

227 100% erneuerbare Energie für Berlin! Ausstieg aus den fossilen Energien bis
228 spätestens 2030!

229 Stromerzeugung macht in Berlin über 40% der CO2 Emissionen aus und ist somit
230 einer der Sektoren, der zur drastischen Reduzierung der Treibhausgasemissionen,
231 transformiert werden muss.

232 2017 wurde in Berlin als erstes Bundesland der Kohleausstieg beschlossen. Im
233 gleichen Jahr ging das letzte Braunkohlekraftwerk vom Netz. Nun gibt es in
234 Berlin noch 3 Steinkohlekraftwerke, die spätestens bis 2030 abgeschaltet werden
235 sollen. Weitere 10 Jahre will Berlin noch die dreckige Steinkohle verbrennen,
236 die nicht nur unter menschenunwürdigen Bedingungen abgebaut wird, die
237 entstehenden CO2 Emissionen heizten ebenfalls die globale Temperatur weiter an
238 und zerstören so die Lebensgrundlage tausende Menschen.

239 Diese Ungerechtigkeit nehmen wir nicht länger hin – wir brauchen den schnellst
240 möglichen Steinkohleausstieg spätestens bis 2025.

241 Die vom Senat und dem Kraftwerkbesitzer Vattenfall in Auftrag gegebene
242 Machbarkeitsstudie schlägt vor einen Großteil (60%) des Kohleausstiegs durch
243 fossiles Gas zu kompensieren. Dafür soll eine neue Gaspipeline gebaut werden.
244 Diese soll später zwar synthetisches Gas transportieren, allerdings ist hier
245 nicht bekannt, ab wann das möglich sein kann.

246 Für uns ist daher klar: dem Kohleausstieg muss sich der komplette Ausstieg aus
247 fossilen Energien anschließen. Mit dem vorgesehen hohen Erdgas-Anteil würde
248 Berlin sogar das selbst gestecktes Emissionsbudget verfehlen, das sich lediglich
249 am 2 Grad-Ziel orientiert. Die Grüne Jugend Berlin setzt sich für den Ausstieg
250 aus fossilen Energien bis spätestens 2030 ein, damit wir unter 1,5 Grad
251 Erwärmung bleiben! Wir brauchen ein Erneuerbare WärmeGesetz, das dies regelt.
252 Fernwärme aus der Müllverbrennung ist keine langfristige Lösung, denn das Ziel
253 sollte sein, dass so wenig Müll wie möglich verbrannt wird. Auch Fernwärme
254 sollte emissionsfrei produziert werden, daher stellen wir uns gegen eine
255 Ausweitung der Müllverbrennung.

256 Im Erneuerbare Wärme Gesetz müssen deshalb Grenzwerte für CO2 Emissionen
257 festgelegt werden, die von Jahr zu Jahr sinken, sodass das Ziel von Netto 0 bis
258 2030 eingehalten werden kann.

259 Ein Berliner Ausstieg aus den fossilen Energien ist aber nur wirksam, wenn
260 Brandenburg ebenfalls aussteigt. Berlin soll nicht nur Ökostrom produzieren,
261 sondern auch nur Ökostrom nutzen. Dafür müssen Berlin und Brandenburg stärker
262 als Energieregion zusammen gedacht werden. Mit politischem Willen hätte
263 Brandenburg und Berlin z.B. durch den Ausbau der Windenergie die Möglichkeit
264 100% erneuerbar zu werden. Berlin hat zwar kein Platz für Windenergie, aber ein
265 Potenzial für Solarenergie. Dieses wollen wir nutzen und fordern zum einen, dass
266 Großparkplätze am Stadtrand mit Solarpaneels überdacht werden. Zum anderen
267 fordern wir verpflichtende Solarpaneels auf jeden öffentlichen Gebäude und
268 Neubauten. Langfristig sollen alle Häuser auf denen dies möglich ist,
269 Solarpaneel auf ihrem Dach haben.

270 Da Solarpaneels seltene Erden enthalten, sollen diese bei Defekt recycelt statt
271 entsorgt werden. Eine 100% erneuerbare Stromgewinnung ist möglich, wir müssen
272 nur unterschiedliche Speicherungsmethoden kombinieren um die effizienteste
273 einheitliche Energiespeicherung zu sichern.

274 Wir setzen uns für dezentrale Bürger*innenenergie ein und wollen diese fördern.

275 Die Klimaziele von Paris einzuhalten, bedeutet aber auch, dass wir alle weniger
276 Strom verbrauchen! Hier muss ein Umdenken statt finden! Es müssen Konzepte
277 ausgearbeitet und umgesetzt werden, wie Energie effizienter genutzt werden kann.
278 Wir sprechen uns zum Beispiel gegen die massive Gebäudebeleuchtung zu
279 Werbezwecken oder die ganz tägliche Weihnachtsbeleuchtung in Berlin aus.
280 Lichtverschmutzung wird in Großstädten wie Berlin immer mehr zum Problem. Wir
281 erkennen an, dass bestimmte Beleuchtung wie beispielsweise Straßenbeleuchtung
282 nötig ist, damit verschiedene Menschengruppen nachts sicherer sind. Allerdings
283 sollte, wie beim letzten Beispiel, ein Sinn hinter der Beleuchtung stehen. Zudem
284 kann auch hier auf energiesparende Varianten geachtet werden, sowie dass die
285 Lampen nur leuchten, wo und wenn sie gebraucht werden.

286 Auch die energetische Sanierung trägt dazu bei, dass weniger Strom verschwendet
287 wird und ist so also auch für den Energiebereich eine sehr wichtige Maßnahme.
288 Öffentliche Gebäude wie Universitäten oder das Abgeordnetenhaus müssen hier
289 Vorbild sein und bis 2021 CO2 neutral werden.

290 Wir fordern:

- 291 • •den Berliner Kohleausstieg bis 2025, sowie den kompletten Ausstieg aus
292 fossilen Energien bis 2030
- 293 • •eine gemeinsame Energieregion Berlin und Brandenburg
- 294 • •eine stärkere Förderung von Solarenergie in Berlin
- 295 • •eine umfassende Prüfung, wo Energie eingespart werden kann und
296 entsprechende Gesetze, die sinnvolle Energienutzung fördern,
297 verschwenderische Energienutzung sanktionieren
- 298 • •CO2 neutrale öffentliche Gebäude bis 2021

299 Gebäudesektor klimaneutral bis 2030!

300 Der Gebäudesektor ist weltweit mit 3400 MT der fünft größte CO2
301 Verbrauchssektor. In Deutschland bildet er denn dritt größten
302 Emissionsverbrauch.

303 Daher fordert die Grüne Jugend eine Sanierungsquote von 10% pro Jahr, so dass
304 bis 2030 alle Gebäude saniert sind. Neben dieser Quote müssen bis 2025
305 Sanierungen mit Fördermitteln vom Land und Bund unterstützt werden. Die Kosten
306 für die Sanierung dürfen jedoch nicht die Mieter*innen belasten, daher darf nach
307 durchgeführten Maßnahmen nur dann eine verhältnismäßige Mieterhöhung erfolgen,
308 wenn nicht genug Fördermittel zur Verfügung stehen. Diese Mieterhöhung darf
309 auch nur dann erfolgen, wenn Sanierungsarbeiten durchgeführt wurden, die
310 nachweislich zum Klimaschutz beitragen.

311 Da momentan jedoch zu wenig Handwerksbetriebe energetische Sanierungen
312 durchführen können, muss der Senat Unternehmen, die heute schon solche Maßnahmen
313 durchführen können, aktiv durch mehr Fördermaßnahmen unterstützen und den Ausbau
314 der Betriebe auf diesem Gebiet fördern.

315 In der Bauindustrie muss eine grundsätzliche Entkarbonisierung stattfinden. Neue
316 Häuser/ Quartiere müssen mindestens zu 50% aus nachhaltigen Baustoffen bestehen.
317 Alternativen sind vor allem Holz, Stein und Lehm. Außerdem muss vermehrt auf
318 Recycelten Beton gesetzt werden.

319 Aufgrund von heute schon steigenden Temperaturen, müssen in Berlin aktiv
320 Hitzeinseln vorgebeugt werden. Dafür müssen Gebäudefassaden müssen bepflanzt
321 werden, um sowohl die Stadt grüner zu machen als auch ein beständiges Klima zu
322 sichern. Sollte eine Dach- und Fassadenbegrünung nicht möglich sein, muss die
323 Fläche möglichst hell sein, damit die Hitze sich nicht in der Stadt sammelt.

324 Die Grüne Jugend Berlin fordert, dass alle neuen öffentlichen Gebäude nach dem
325 „Passiv Standard Haus“ gebaut werden. Passivhäuser müssen zudem durch das Land
326 aktiv mit Fördermitteln unterstützt werden, damit Investor*innen vermehrt auf
327 diese Technologie setzen.

328 Wir fordern:

- 329 • •eine jährliche energetische Sanierungsquote von 10 Prozent
- 330 • •die Förderung energetischer Sanierungen bis 2025 durch das Land und den
- 331 Bund
- 332 • •mindestens 50 Prozent nachhaltige Baustoffe bei neuen Häusern/Quartieren
- 333 • •Fassaden- und Dachbegrünung auf sämtlichen Gebäuden
- 334 • •Neubau von öffentlichen Gebäuden nach dem Passiv Haus Standard

335 Begrünt die Stadt!

336 Mit dem Leben in der Großstadt verbinden viele Leute grauen Asphalt, Hochhäuser
337 und große steinerne Plätze. Doch Berlin ist viel mehr als das! Die Bäume an
338 jeder Straße, die vielen Parks und kleinen Wiesen gehören untrennbar zu unserem
339 Stadtbild dazu. Die meisten Bewohner*innen suchen in diesen grünen Oasen
340 Erholung und Entschleunigung. Sie bieten Tieren einen Lebensraum in der Stadt
341 und schaffen saubere Luft, Abkühlung und einen effektiven Schutz vor
342 Überflutungen der Straßen.

343 Deshalb heißt es: Erhalten und Erweitern. Wir müssen uns einerseits um die
344 bestehenden Grünflächen kümmern und andererseits dafür sorgen, dass es noch mehr
345 von ihnen gibt.

346 Zur Erhaltung der Grünflächen braucht es eine gute Pflege und Achtsamkeit für
347 die Natur. Der Hitzesommer 2019 hat uns die Dringlichkeit vor Augen geführt, mit
348 der sich besonders im Sommer um die Bäume und Pflanzen gekümmert werden muss.
349 Viel zu oft sah es nämlich im Juli schon aus als wäre es September: Viele Bäume
350 warfen wegen Wassermangels ihre Blätter ab. Um dies in den nächsten Jahren zu
351 verhindern, gesunde Bäume zu erhalten und kranke Bäume durch neue zu ersetzen
352 braucht es ein gut ausgestattetes Grünflächenamt.

353 Die Grüne Jugend Berlin fordert deshalb, die Mittel und Personalien des Amtes
354 auszuweiten und ein allgemeines Berliner Baumpflanzprogramm zu schaffen.
355 Zusätzlich sollten Ansätze der Berliner*innen, die Urban Gardening betreiben
356 oder sich um den Baum vor ihrer Tür kümmern, unterstützt werden. Auch sollte bei
357 der Grünflächenplanung immer die Biodiversität mitbedacht werden: Es ist
358 wichtig, möglichst insektenfreundliche Pflanzenarten und möglichst diverse
359 Baumarten zu verwenden.

360 Durch die vermehrte Nutzung von Terra preta (durch Holzkohle angereicherter
361 Humus) kann zudem CO₂ vermehrt im Boden gebunden werden und zudem die
362 Fruchtbarkeit der Berliner Grünflächen gesteigert werden. Wir fordern deshalb
363 einen verstärkten Einsatz von Terra preta im Berliner Stadtgrün.

364 Doch die bestehenden Grünflächen sind alleine nicht genug. Es braucht eine
365 großflächige Entsiegelung innerhalb von Berlin: Viel zu viele Innenhöfe, brach
366 liegende Industrieflächen und Plätze sind zu betonierte und so für Tiere und
367 Pflanzen nicht erreichbar. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel: Die
368 unversiegelte Fläche sollte zur Norm und zum erklärten Ziel werden, die
369 versiegelte Fläche sollte eine Begründung benötigen. Auch sollte jede
370 versiegelte Fläche eine Ausgleichsfläche bekommen. Damit soll keinesfalls der

371 Wohnungsneubau verlangsamt oder gefährdet werden. Auch hier kann man kreative
372 Wege finden, um der Natur mehr Raum zu geben: Auch Dächer und Fassaden von
373 Häusern können begrünt werden. Ein weiterer großer Anteil der versiegelten
374 Flächen sind die Straßen. Auch hier könnten die Mittelstreifen grün werden und
375 zur Biodiversität beitragen. Für Tiere sind nämlich die Vernetzung und direkte
376 Verbindung von Grün besonders wichtig.

377 Wir fordern:

- 378 • •Mehr Mittel und Personal für das Berliner Grünflächenamt
- 379 • •Öffentliche Unterstützung von lokalen Urban Gardening Initiativen
- 380 • •Mehr Insektenfreundliche Pflanzen auf öffentlichen Flächen
- 381 • •Förderung von Terra preta in den Berliner Grünflächenämtern
- 382 • •Ein Berliner Baumpflanzprogramm
- 383 • •Großflächige Entsiegelung, Ausgleichsflächen für Neubauten
- 384 • •Häuser- und Fassadenbegrünung
- 385 • •Mittelstreifen auf Straßen begrünen

386 Öffentliche Verwaltung muss Vorbild werden!

387 Im Berliner Energiewendegesetz wurde das Ziel formuliert, die Berliner
388 Verwaltung bis 2030 CO₂-neutral zu gestalten. Dieses Ziel unterstützt die Grüne
389 Jugend Berlin. Allerdings ist diese Zielsetzung längst nicht ausreichend.

390 Transparenz:

391 Die Erreichung dieses Zieles soll mit einem 2019 auf die Wege gebrachten
392 Maßnahmenplan gelingen.[8]

393 Leider ist dieses Maßnahmenpapier auch auf Nachfrage hin nicht öffentlich
394 einsehbar.

395 Die Grüne Jugend fordert in dieser Hinsicht mehr Transparenz. Es muss für die
396 Öffentlichkeit die Möglichkeit geben, Reformen und Maßnahmenpläne in Sachen
397 Klimaschutz einsehen zu können, um bei berechtigter Kritik Einflussmöglichkeiten
398 auf diese zu haben. Oft sind in den vergangenen Jahren Vereinbarungen getroffen
399 worden, deren Umsetzung dann nur mangelhaft war, wie beispielsweise die
400 Einhaltung der Berliner Klimaziele 2020. Es braucht also die Kontrolle der
401 Medien und Bürger*innen für eine funktionierende Klimapolitik.

402 Energie:

403 Um die Berliner Verwaltung zur CO₂-Neutralität zu bringen fordern wir, dass
404 neben Konzepten der Energieeinsparungen für Energie und Heizungen auch
405 sämtlicher Strom aus erneuerbaren Energien stammt. Dasselbe gilt für sämtliche
406 Server der Berliner Verwaltung Jetzt und in der Zukunft.

407 Auch hier fordern wir mehr Transparenz. Es muss für sämtliche
408 Verwaltungseinheiten Berlins ersichtlich sein, woher diese ihren Strom
409 beziehen, bis sämtlichen Einrichtungen auf erneuerbaren Strom gewechselt haben.

410 Ressourcen:

411 CO2-Neutralität in der Verwaltung ist sehr wichtig, muss aber global gedacht
412 werden. Denn auch durch hohen Ressourcenverbrauch entstehen mehr Treibhausgase,
413 weswegen wir mehr Einsparungen in dieser Hinsicht fordern. Besonders Papier
414 trägt stark zum Klimawandel bei[9], weswegen auch die Berliner Verwaltung sich
415 langfristig das Ziel einer papierfreien Verwaltung setzen sollte.

416 Berlin ist in Sachen digitale Verwaltung auf Platz Zwei der deutschen
417 Großstädte.[10] Diese gute Stellung muss weiter ausgebaut werden, um möglichst
418 ressourcensparsam zu sein. Dabei hat der Schutz der Daten von Bürger*innen
419 natürlich höchste Priorität.

420 Klimaschutzrat:

421 Klimaschutz muss strukturell vereinfacht und gefördert werden. Der Berliner
422 Klimaschutzrat ist dafür ein guter erster Schritt, allerdings muss dieser mit
423 mehr Kompetenzen ausgestattet werden. Hier verweisen wir auf den von der Grünen
424 Jugend vorgeschlagenen Klimavorbehalt auf Berliner Landesebene: „Alle neuen
425 Gesetze müssen darauf geprüft werden, ob sie unsere natürlichen Lebensgrundlagen
426 schützen oder weiter kaputt machen.“ [11]

427 Klimaschutz in der Bezirksverwaltung:

428 Neben dem Klimaschutzrat fordern wir ein generelles Umdenken in der Verwaltung.
429 Bei jeder Entscheidung sollte Klimaschutz mitbedacht werden. Dafür fordern wir
430 in jedem Bezirk mehrere Klimamanager*innen, die mit weitreichenden Kompetenzen
431 ausgestattet sind und bei wichtigen Entscheidungen beteiligt werden müssen.

432 Um die Bezirke zu mehr Klimaschutz zu bewegen sollte es externe
433 Klimaschutzbeauftragte geben, die beispielsweise von Umweltverbänden dafür
434 bereitgestellt und von der Stadt bezahlt werden. Diese werden dann in die
435 jeweiligen Bezirke geschickt, um dort mit den Klimamanager*innen neue Ziele
436 festzustecken und diese regelmäßig zu überprüfen. Bei Nichteinhaltung dieser
437 Ziele sollten Strafzahlungen folgen.

438 Fortbildungen für Mitarbeiter*innen:

439 Um alle Mitarbeiter*innen der Verwaltung mitzunehmen sollten Mitarbeiter*innen
440 regelmäßig Fortbildungen besuchen, auf denen sie über Nachhaltigkeit auf der
441 Arbeit und die Relevanz des Themas gebildet werden.

442 Unterstützung von Projekten:

443 Im Rahmen von Projekten wie dem European Energy Awards[12] und save@work[13]
444 gibt es immer wieder sehr zu unterstützende Pilotprojekte, um die Berliner
445 Verwaltung näher an Umweltschutz zu bringen.

446 Doch steckt darin auch ein Armutzeugnis der Berliner Regierung, dass diese
447 Projekte überhaupt notwendig sind. Außerdem sind diese zeitlich begrenzt.

448 Deshalb fordern wir eine zeitlich unbegrenzte Förderung beider Projekte für ganz
449 Berlin, um die bereits in den Projekten gesammelte Erfahrung für das Ziel zu
450 nutzen, die Berliner Verwaltung so schnell wie möglich ökologisch nachhaltig zu
451 gestalten.

452 Wir fordern:

- 453 • •Mehr Transparenz bei der Umsetzung von Klimaschutzplänen
- 454 • •Einen nachhaltigen Umgang in Sachen Energie und Ressourcen
- 455 • •Einen Klimaschutzrat mit der Kompetenz des Klimavorbehalts
- 456 • •Klimamanager*innen und Klimaschutzbeauftragte für Bezirksregierungen
- 457 • •Ökologische Fortbildungen für Mitarbeitende
- 458 • •Mehr finanzielle Mittel, um nachhaltige Projekte zu unterstützen.

459 Klimagerechtigkeit in die Schule!

460 In unserem Bildungssystem fehlen bis jetzt die Aspekte Klimawandel,
461 Nachhaltigkeit, nachhaltige Entwicklung und Klimagerechtigkeit fast völlig. Dass
462 dieses Thema in den nächsten Jahrzehnten zu einem der wichtigsten Fragen der
463 Menschheit wird, steht fest. Trotzdem kommen die Themen Umweltschutz,
464 Klimawandel, Klimagerechtigkeit, Nachhaltigkeit, nachhaltige Entwicklung und der
465 menschliche Einfluss auf die Erde nur als Rand- oder Unterthemen vor.

466 Im Berliner Rahmenlehrplan für die Jahrgangsstufen 1-10 fehlt dieser
467 Themenabschnitt völlig bei Gesellschaftswissenschaften, bei Politische Bildung,
468 Biologie und Geographie ist dieser lediglich Unterpunkt eines
469 Themenabschnitts.[14] Das reicht nicht!

470 Um diese Bildungslücke zu schließen, schlagen wir zweierlei vor: wir fordern
471 einerseits einen größeren Fokus auf diese Themen fächerübergreifend in der
472 Schule. Das Problem muss ständig bewusst bleiben, deshalb braucht es mehr Texte,
473 Aufgaben und Übungen, die oben erwähntes als Thema haben. Wenn Schüler*innen
474 einen Text auf Englisch übersetzen müssen, kann dieser sich beispielsweise mit
475 Plastikverschmutzung beschäftigen. Dasselbe gilt für Aufgaben in vielen anderen
476 Bereichen.

477 Darüber hinaus fordern wir das Fach Klimagerechtigkeit. Es muss sich in der
478 Schule mit den Themen nachhaltige Entwicklung, Klimagerechtigkeit, Klimawandel
479 und Umweltschutz ausgiebig befassen werden!

480 Es gibt bereits einige Pilotprojekte in Deutschland aber größtenteils wird
481 politische Bildung von außerschulische Träger*innen übernommen. Das sollte nicht
482 nötig sein.

483 Da in Berlin nur zehn Jahre Schulpflicht besteht, darf dieses Fach nicht
484 lediglich als Wahlpflichtkurs ab der elften Klasse angeboten werden.

485 Es ist wichtig, Kindern möglichst früh beizubringen auf Nachhaltigkeit zu
486 achten, daher sollte bereits in der Grundschule damit begonnen werden, sich mit
487 Klimaschutz auseinander zu setzen.

488 Spätestens ab der Oberschule sollte dieses Fach Pflicht sein, damit allen
489 Schüler*innen die Fakten unserer aktuellen Lage bewusst ist.

490 Erlebbarer Klimaschutz für alle!

491 Um Schüler*innen das Thema Ökologie und Umweltschutz auf interessante Weise
492 näher zu bringen und neue Perspektiven fern ab vom Klassenraum zu ermöglichen,
493 setzen wir uns dafür ein, dass für mehrere Schulen ein zentraler Garten
494 geschaffen wird, wo Schüler*innen freiwillig mit Lehrpersonal bilden können und
495 Raum für ökologische Projekte ist. In diesen Gärten darf nur ein Anbau von
496 Insektenfreundlichen Nutzpflanzen erfolgen. Dort könnte auch ein Teil des Faches
497 Klimagerechtigkeit stattfinden. Projekte wie diese sollten vom Senat extra
498 gefördert werden.

499 So würde auch mehr Abwechslung in den Schulalltag kommen, die Schüler*innen
500 würden sich mehr bewegen, was im jungen Alter sehr gut ist und die Schulbildung
501 wäre weiter gefächert und interdisziplinärer durch die Möglichkeit, handwerklich
502 und gärtnerisch aktiv werden zu können.

503 Außerdem fordern wir mehr ökologische Exkursionen und mindestens eine
504 Klassenfahrt, die sich mit dem Themenkomplex Klimagerechtigkeit und Umweltschutz
505 beschäftigt. Zudem soll bei dem Planen einer Klassenfahrt immer der ökologische
506 Faktor hinsichtlich Anfahrt und Unterbringung in Erinnerung bleiben. Auf sehr
507 klimaschädliche Reismethoden wie das Fliegen soll generell verzichtet werden.

508 Neben dem Unterricht muss der Klimaschutz auch bei dem Bau von Schulen beachtet
509 werden. Der Senat muss daher Pläne entwickeln, um bis 2025 alle Schulen
510 Klimaneutral zu gestalten.

511 Auch die Natur sollte in und um die Schule im Vordergrund stehen. Was wir für
512 Klimaschutzmaßnahmen bei Gebäude und Grünflächen fordern, muss besonders bei
513 Schulen umgesetzt werden.

514 Nachhaltigkeit auch auf den Tellern!

515 Da das Thema Ernährung einen wichtiger Faktor bei der Emissionsminimierung
516 darstellt, muss auch hier in den Schulen ein neuer Maßstab gesetzt werden. Wir
517 fordern, dass das Mensa und Cafeteria Essen an Schulen, Kindergärten und
518 Universitäten 100% Bio ist und hauptsächlich aus regionalem Anbau stammt. Zudem
519 soll das Angebot ausschließlich vegetarisch und vegan sein. Außerdem soll eine
520 Auseinandersetzung mit bewusster Ernährung stattfinden. So soll auch im
521 Unterricht, am Besten schon ab der Grundschule, das Thema Ernährung Platz
522 finden. Es muss eine breite Aufklärung über Produktion von Lebensmitteln
523 erfolgen.

524 Schulen for Future

525 Da die jetzigen Klimaschutzmaßnahmen auf Landes- und Bundesebene mangelhaft
526 sind, ist das Anliegen von weiter FFF berechtigt. Die GJ stellt sich deshalb
527 hinter den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen Berlin "Für das Recht auf Zukunft –
528 Solidarität mit Fridays for Future"[15] und fordert das Land Berlin dazu auf,
529 gemeinsam mit den Lehrer*innen Lösungen für die Anliegen der streikenden
530 Schüler*innen zu finden.

531 Wir fordern:

- 532 • •einen größeren Fokus auf die Themen Klima- und Umweltschutz
- 533 fächerübergreifend in der Schule
- 534 • •das Fach Umwelt- und Klimaschutz
- 535 • •für jede*n Schüler*in einen Schulgarten
- 536 • •Klassenfahrten und Exkursion mit dem Fokus auf Klima- und Umweltschutz
- 537 • •Entsiegelte Schulhöfe
- 538 • •Regionales bio Essen in Cafeteria und Mensa

539 Quellen:

- 540 [1] <https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und->
- 541 [verwaltung/gremien/beiraete/artikel.394180.php](https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/gremien/beiraete/artikel.394180.php)
- 542 [2] <https://www.boell.de/de/2018/12/18/weniger-autos-mehr-leben-auf-den-strassen>
- 543 [3] [https://www.tagesspiegel.de/berlin/nahverkehrsplan-so-sollen-bvg-und-s-bahn-](https://www.tagesspiegel.de/berlin/nahverkehrsplan-so-sollen-bvg-und-s-bahn-in-zukunft-fahren/24038246.html)
- 544 [in-zukunft-fahren/24038246.html](https://www.tagesspiegel.de/berlin/nahverkehrsplan-so-sollen-bvg-und-s-bahn-in-zukunft-fahren/24038246.html)
- 545 [4] <http://gj-berlin.de/baerenkarte/>
- 546 [5] [https://www.spiegel.de/auto/aktuell/berlin-erster-geschuetzter-fahrradweg-](https://www.spiegel.de/auto/aktuell/berlin-erster-geschuetzter-fahrradweg-eroeffnet-a-1237657.html)
- 547 [eroeffnet-a-1237657.html](https://www.spiegel.de/auto/aktuell/berlin-erster-geschuetzter-fahrradweg-eroeffnet-a-1237657.html)
- 548 [6] [https://www.umweltbundesamt.de/e-scooter-momentan-kein-beitrag-zur-](https://www.umweltbundesamt.de/e-scooter-momentan-kein-beitrag-zur-verkehrswende)
- 549 [verkehrswende](https://www.umweltbundesamt.de/e-scooter-momentan-kein-beitrag-zur-verkehrswende)
- 550 [7] [https://www.morgenpost.de/flughafen-BER/article211739933/Ausbau-So-soll-der-](https://www.morgenpost.de/flughafen-BER/article211739933/Ausbau-So-soll-der-BER-auf-doppelte-Kapazitaet-wachsen.html)
- 551 [BER-auf-doppelte-Kapazitaet-wachsen.html](https://www.morgenpost.de/flughafen-BER/article211739933/Ausbau-So-soll-der-BER-auf-doppelte-Kapazitaet-wachsen.html)
- 552 [8] <https://www.berlin.de/senuvk/klimaschutz/vorbild-oeffhand/co2neutral/>
- 553 [9] [https://www.wwf.de/themen-projekte/waelder/papierverbrauch/zahlen-und-](https://www.wwf.de/themen-projekte/waelder/papierverbrauch/zahlen-und-fakten/)
- 554 [fakten/](https://www.wwf.de/themen-projekte/waelder/papierverbrauch/zahlen-und-fakten/)
- 555 [10] <https://www.bitkom.org/Smart-City-Index>
- 556 [11] <https://gruene-jugend.de/wir-fordern-bundesweiten-klimavorbehalt/>
- 557 [12] <https://www.european-energy-award.de/european-energy-award/>
- 558 [13] <https://www.saveatwork.de/wettbewerb>
- 559 [14] [https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/faecher-](https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/faecher-rahmenlehrplaene/rahmenlehrplaene/rlp-kompakt-1-10.pdf)
- 560 [rahmenlehrplaene/rahmenlehrplaene/rlp-kompakt-1-10.pdf](https://www.berlin.de/sen/bildung/unterricht/faecher-rahmenlehrplaene/rahmenlehrplaene/rlp-kompakt-1-10.pdf)
- 561 [15] [https://gruene.berlin/nachrichten/fuer-das-recht-auf-zukunft-solidaritaet-](https://gruene.berlin/nachrichten/fuer-das-recht-auf-zukunft-solidaritaet-mit-fridays-future)
- 562 [mit-fridays-future](https://gruene.berlin/nachrichten/fuer-das-recht-auf-zukunft-solidaritaet-mit-fridays-future)

A2 Kapitalismuskritik

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 08.11.2019
Tagesordnungspunkt: 0. Tagesordnung

1 Die Debatte um die Klimakrise führt uns von Neuem vor Augen, dass wirklicher
2 Klimaschutz und eine kapitalistische Marktwirtschaft nicht miteinander vereinbar
3 sind, denn dieses System läuft auf die Ausbeutung natürlicher Ressourcen durch
4 uneingeschränktes Wirtschaftswachstum hinaus. Für echten Klimaschutz ist es
5 dringend notwendig, auch die Systemfrage zu stellen.

6 Auch eingeschränkte Formen des Kapitalismus wie die "soziale Marktwirtschaft"
7 haben es nicht geschafft, die spaltenden und diskriminierenden Mechanismen
8 dieses Systems auszuhebeln. Im Gegenteil, durch das Zusammenspiel von
9 Kapitalismus mit Ideologien wie Rassismus und Sexismus werden soziale und
10 ökonomische Gräben immer weiter verstärkt. Die Überwindung kolonialer
11 Kontinuitäten und einer angemessenen Aufarbeitung unserer Geschichte ist damit
12 nicht möglich.

13 Der Kapitalismus erfüllt nicht einmal sein vorgegebenes Versprechen einer
14 gerechten Gesellschaft nach dem Leistungsprinzip. Vielmehr profitieren von der
15 kapitalistischen Marktwirtschaft nur Menschen, die ohnehin über eine
16 ausreichende Menge an sozialem und ökonomischen Kapital verfügen. So wird die
17 bestehende Ungleichheit verstärkt und Armut reproduziert.

18 Der Gedanke eines unbegrenzten Wachstums, gepaart mit der Ansicht, dass der
19 Besitz von Privateigentum eine Garantie unseres Wohlstandes ist, stellt eine
20 toxische Ideologie gegenüber Gesellschaft und Umwelt dar. Ausbeutung macht krank
21 - das gilt sowohl für Mensch wie auch Natur - und kein Wirtschaftssystem steht
22 so deutlich für Ausbeutung wie der Kapitalismus.

23 Die Grüne Jugend Berlin bekennt sich daher zu einer kapitalismuskritischen
24 Haltung. Wir fordern einen systematischen Wandel unseres Wirtschaftens und der
25 globalen politischen Ökonomie.

26 Weiterhin fordert die Grüne Jugend Berlin einen systematischen Wandel in unserem
27 Finanzwesen, in dem momentan Freiheit mit der Aufforderung, das größtmögliche
28 Risiko einzugehen, gleichgesetzt wird. Statt Hedgefonds und Briefkastenfirmen,
29 die dazu dienen, Kapitalinteressen zu verschleiern, sprechen wir uns für
30 solidarische Finanzinstitutionen aus, die uns den Kapitalismus überwinden
31 lassen.

32 Die Grüne Jugend Berlin fordert eine neue Diskussion über die Eigentumsfrage.
33 Die einseitige Fokussierung auf die Akkumulation von Privateigentum unterstützt
34 den kapitalistischen Konkurrenzgedanken und ist zutiefst unsolidarisch.
35 Politische Forderungen nach Abwehrrechten gegen die Kollektivierung von Eigentum
36 dienen ausschließlich dazu, Kapitalinteressen zu verteidigen. Wir fordern nicht
37 die erneute Einführung eines Realsozialismus, jedoch stellen wir die aktuelle
38 Verteilung von Eigentum und Zugang zu Ressourcen zur Disposition.

39 Die Grüne Jugend Berlin ist somit offen für andere, demokratische Wirtschafts-
40 und Gesellschaftsformen, die ein nachhaltiges und ökologisches Wirtschaften
41 ermöglichen.

Begründung

Erfolgt Mündlich

A3 Arbeitsprogramm der Grünen Jugend Berlin für das Jahr 2020

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 08.11.2019

1 Inhaltliche Schwerpunkte und Bildungsarbeit

2 Als einen inhaltlichen Schwerpunkt im nächsten Jahr werden wir, wie schon in
3 diesem Jahr begonnen, Klimagerechtigkeit und Klimaaktivismus setzen. 2020 werden
4 wir die Klimaziele verfehlen und wir sind bereit, deswegen auf die Straße zu
5 gehen und Klimagerechtigkeit selbst in die Hand zu nehmen. Wir wollen uns an den
6 Aktionen zu By2020WeRiseUp beteiligen und einige Aktionen gemeinsam mit den
7 Bezirksgruppen organisieren. Mit einem inhaltlichen Seminar wollen wir die
8 Vorarbeit leisten, um unsere Beschlusslage im Bereich Klima und Umwelt zu
9 schärfen. Hier wollen wir mit der Grünen Jugend Brandenburg zusammenarbeiten.

10 Im nächsten Jahr wollen wir uns stärker mit politischer Theorie und
11 Gesellschaftstheorie beschäftigen. Wir möchten niedrigschwellige Zugänge zu
12 Theorien und Theoretiker*innen schaffen, die im politischen Kontext oft erwähnt,
13 aber selten erklärt werden. Dafür planen wir ein Seminar zum Einstieg in
14 politische Theorien explizit für Frauen*, inter und trans Personen. Danach wollen
15 wir diese Theoriearbeit bei Aktiventreffen oder einem Lesekreis offen für Alle
16 vertiefen. Wir verstehen diese Theoriearbeit nicht als Selbstbeschäftigung,
17 sondern als Basis für unsere praktische politische Arbeit.

18 Veranstaltungen und Bündnisarbeit

19 Die Grüne Jugend Berlin ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Wir haben uns
20 um unsere Strukturen gekümmert, viel diskutiert und uns als Verband
21 kennengelernt. Das ist wichtig, um eine Grundlage für politische Arbeit zu
22 bilden und wir wollen weiterhin an unseren Strukturen arbeiten. Allerdings
23 wollen wir uns als Verband auch mehr öffnen. Wir möchten als Landesvorstand mehr
24 Formate anbieten, die sich auch an Menschen richten, die nicht Mitglied der
25 Grünen Jugend sind. Dadurch haben wir einerseits die Möglichkeit, neue
26 Mitglieder zu gewinnen. Gleichzeitig bekommen wir so verschiedenen Input und
27 Impulse von Menschen, die unsere innerverbandlichen Diskussionen noch nicht
28 kennen. Möglich wären eine Art Talk-Format als öffentliche Veranstaltung oder
29 ein Lesekreis, den wir auch außerhalb der Grünen Jugend bewerben.

30 Da wir uns als Grüne Jugend als Verbindung zwischen Bewegungen und Parlamenten
31 sehen ist es uns wichtig mit Bündnissen in Kontakt zu sein und diese in ihrer
32 Arbeit aktiv zu unterstützen. Wir wollen dafür ein Bündnis-Konzept erarbeiten.

33 Förderung von Frauen* sowie inter und trans Personen

34 Im nächsten Jahr wollen wir uns wieder mehr um die Frauen*- sowie inter- und
35 trans Personen-Förderung innerhalb unseres Verbands kümmern. Im letzten Jahr
36 haben wir in verschiedenen Runden, auch gemeinsam mit Bezirksgruppen und Aktiven,
37 die Bedürfnisse nach F*IT-Förderung evaluiert und sind zu dem Ergebnis gekommen,
38 dass wir an vier Punkten ansetzen wollen. Mit landesweiten Vernetzungsangeboten
39 wie den Brunches für F*IT-Personen wollen wir die Vernetzung über Bezirksgruppen
40 hinaus fördern. Wir wollen F*IT-Förderung in den Bezirken stärker unterstützen
41 und deshalb eine landesweite Vernetzung von Aktiven schaffen, die in den
42 Bezirken Ansprechpartner*innen für F*IT-Förderung sind. Um die Sensibilisierung

43 für queerfeministische Themen innerhalb der Bezirksgruppen zu unterstützen,
44 wollen wir uns außerdem mit männlicher Solidarität beschäftigen. Und das Seminar
45 zu politischer Theorie für F*IT-Personen ist ein Angebot, bei dem F*IT-Personen
46 in einem geschützteren Raum über Themen diskutieren können, die sonst eher cis
47 männlich* dominiert sind.

48 Finanzen sind immer auch politisch. Mit den Referierenden, die wir einladen,
49 zeigen wir, wen wir als Expert*innen ansehen - besonders, wenn wir die Person
50 bezahlen. Deswegen wollen wir im nächsten Jahr das Gender Budgeting wieder
51 aufnehmen und in diesem Zuge überprüfen, wie viele unserer Referierenden Frauen*
52 sowie inter und trans Personen sind. Wir wollen aber nicht nur wissen, wie viele
53 F*IT-Referierende wir haben, sondern auch wie viel Honorar wir ihnen im
54 Vergleich zu cis männlichen* Referenten zahlen. Dabei haben wir natürlich den
55 Anspruch, dass wir mindestens 50 Prozent der ausgezahlten Honorare an F*IT-
56 Personen zahlen. Darüber hinaus möchten wir erstmalig auch erfassen, wie viele
57 unserer eingeladenen Referent*innen People of Colour sind.

58 Wir freuen uns darauf, auch im Jahr 2020 mit euch Politik zu machen und die Welt
59 zu verändern!

60 Euer Landesvorstand

A4 Demokratie Leben - Zivilgesellschaftliches Engagement fördern statt abbauen

Antragsteller*in: AG Diversity (Hivanu Ince, Meret Weber, Jana Brix, Enad Altaweel, Fabio Voss)
Tagesordnungspunkt: 0. Tagesordnung

1 Wenn uns die politischen Debatten, Wahlergebnisse und öffentlichen Diskurse der
2 letzten Jahre in Deutschland und weltweit etwas gelehrt haben, dann das:

3 Demokratie ist nicht selbstverständlich. Wir dürfen uns niemals auf dem Status
4 Quo ausruhen, sondern müssen jeden Tag für Demokratie und Menschenrechte
5 einstehen und sie gegen Angriffe verteidigen. Die Verantwortung dafür muss zwar
6 die Politik tragen, doch ohne eine starke Zivilgesellschaft ist ein
7 demokratisches Miteinander nicht möglich. Es sind die engagierten Menschen in
8 gemeinnützigen Vereinen, Organisationen, Verbänden oder Kollektiven, die häufig
9 ehrenamtlich und nur durch Fördergelder finanziert, unsere Demokratie vor
10 Rechten Angriffen verteidigen, demokratische Bildungsarbeit leisten und
11 aufzeigen, an welchen Stellen Menschen in unserem System ausgegrenzt werden.
12 Dafür werden sie selbst zur Zielscheibe von Rechtem Hass.

13 Ein großer Teil dieser zivilgesellschaftlichen Träger und Projekte wurden in den
14 letzten Jahr durch das Förderprogramm "Demokratie leben" des Bundesministeriums
15 für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert. Doch die kürzlich erfolgte
16 Umstellung der Förderkriterien unter der Bundesministerin Franziska Giffey
17 bedeutet für viele Träger eine gravierende Reduzierung oder das komplette Aus
18 finanzieller Unterstützung. Betroffen sind Träger wie die Amadeo-Antonio-
19 Stiftung, Each One Teach One (Eoto), Amaro Foro oder die Initiative Schwarze
20 Menschen in Deutschland (ISD). Franziska Giffey nimmt durch die von ihr
21 angeordneten Änderungen bewusst in Kauf, dass diese Vereine ihre für unser
22 Zusammenleben so wichtige Arbeit nicht mehr ausführen können.

23 Es ist nicht zu übersehen, dass von den Änderungen der Förderrichtlinien vor
24 allem Projekte betroffen sind, die sich gegen Antisemitismus, Rassismus und
25 Rechtsextremismus einsetzen. Gerade diese Projekte und zivilgesellschaftlichen
26 Akteur*innen sind besonders von Rechter Gewalt betroffen. In einer aktuellen
27 politischen Situation, in der Menschenfeindlichkeit und faschistische Weltbilder
28 immer offener und aggressiver zur Schau gestellt werden und es längst nicht mehr
29 nur um Worte geht, ist es unverantwortlich, die Mittel für antirassistische,
30 antifaschistische und demokratiestärkende Träger zu kürzen.

31 Zwar ist die Bundesfamilienministerin nach massiven öffentlichem Druck etwas
32 zurückgerudert, aber noch immer sind viele Träger von den Kürzungen betroffen
33 und ihre Arbeit gefährdet.

34 Deswegen unterstützen wir den für die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis
35 '90/Die Grünen Berlin eingebrachten Antrag "Verlässliche Bundesförderpolitik

36 füreine starke und plurale Zivilgesellschaft!" und die darin genannten
37 Kernforderungen:

- 38 • die dauerhafte Aufstockung der Mittel auf mindestens 200 Millionen Euro
39 pro Jahr
- 40 • die vorläufige Rückkehr zu den alten Förderrichtlinien, mit denen
41 die zivilgesellschaftlichen Projekte im Mittelpunkt stehen
- 42 • die Rücknahme der schwerpunktmäßigen Verlagerung auf die Kommunen
- 43 • eine Bundesratsinitiative des Landes Berlin für ein Demokratiefördergesetz
44 auf Bundesebene

45 Für ein demokratisches Miteinander brauchen wir eine starke Zivilgesellschaft.
46 Wir sollten die Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte und Träger ausbauen,
47 statt sie zu kürzen. Der Kurs der Bundesministerin Giffey ist
48 demokratiegefährdend. Als Grüne Jugend Berlin stellen wir uns an die Seite der
49 Zivilgesellschaft!

Begründung

Hier der erwähnte Antrag der Grünen: [https://berlin.antragsgruen.de/ldk192/
Verlaessliche_Bundesfoerderpolitik_fuer_ei-ne_starke_und_plurale_Zivilgese-59675](https://berlin.antragsgruen.de/ldk192/Verlaessliche_Bundesfoerderpolitik_fuer_ei-ne_starke_und_plurale_Zivilgese-59675)

A5 Wasser darf keine Frage des Geldes sein.

Antragsteller*in: Alexander Kräß, Ole Groot

1 Wasser ist für uns als GRÜNE JUGEND ein Menschenrecht, welches allen Menschen
2 ungeachtet ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage frei zugänglich sein soll. –
3 Jedoch führen gerade der Klimawandel und die allgemeine Aufheizung des globalen
4 Klimas zu einer immer stärkeren Verknappung von Wasser in vielen Ländern.

5 Wasser darf in Berlin kein Luxus sein

6 In Berlin hatten die letzten beiden Hitzesommer nicht nur Auswirkungen auf das
7 Stadtklima, sondern auch auf die Gewohnheiten der Menschen in Berlin. – Extreme
8 Hitze führt nicht nur dazu, dass Menschen eher zuhause bleiben, sondern führt
9 auch zu einem vermehrten Wasserkonsum und dies sowohl im privaten als auch im
10 öffentlichen Raum.

11 Jedoch ist in Berlin nicht frei zugänglich – Gerade an Sonn- und Feiertagen oft
12 nur in Spätis oder anderen Geschäften sehr teures Wasser kaufen. Zusammen mit
13 dem durch die Hitze gesteigerten Bedarf führt dies zu einer Ausbeutung
14 menschlicher Grundbedürfnisse, die wir nicht akzeptieren können.

15 Außerdem führt in Flaschen abgefülltes Wasser ungeachtet des deutschen
16 Pfandsystems zu viel Müll und unnötigen CO₂-Emissionen: Dass Wasser in anderen
17 europäischen Staaten aus der Erde gepumpt und dann mit großem Aufwand nach
18 Deutschland transportiert wird, ist genauso wie die Herstellung von Glas- und
19 PET-Flaschen ein CO₂-aufwändiger Prozess, den wir vermeiden können und müssen. –
20 Jedoch bräuchte man hierfür eine ausreichende Infrastruktur an
21 „Auffüllstationen“, an denen Menschen kostenlos Trinkwasser erhalten können.

22 Um den durch die Hitzewellen gestiegenen Wasserbedarf zu decken, haben die
23 Senatsverwaltung und die Bezirke angefangen, kostenlose Trinkbrunnen im
24 öffentlichen Raum zu installieren. Zudem fördern Projekte, wie Refill Berlin
25 [3], bereits heute eine Abkehr vom Pfandflaschensystem hin zu einem komplett
26 müllfreien Wasserkonsum auch im öffentlichen Raum. Die GRÜNE JUGEND begrüßt
27 diese beiden Vorstöße.

28 Jedoch ist es wichtig, dass auch in den Bereichen, in denen noch keine oder
29 nicht ausreichend Trinkwasserbrunnen vorhanden sind, eine gute Versorgung mit
30 Wasser gewährleistet wird. – Länder wie Frankreich und Belgien zeigen hierbei,
31 dass man insbesondere auch über den gastronomischen Sektor eine flächendeckende
32 Versorgung von Menschen mit Wasser gewährleisten kann. Wir fordern deshalb, dass
33 Restaurants und andere gastronomische Betriebe in Berlin bereits ab Sommer 2020
34 verpflichtet werden sollen, Menschen mit kostenlosem Leitungswasser zu
35 versorgen.

36 Zudem fordern wir den Ausbau des öffentlichen Trinkbrunnennetzes, sowie die
37 Installation von Trinkbrunnen an jeder U-Bahn- und S-Bahn-Station bis 2021. –
38 Zusammen mit einer flächendeckenden Versorgung von Menschen mit Leitungswasser
39 (durch welche der materialaufwändige Flaschenwasserverkauf reduziert wird)
40 fordern wir langfristig die Abschaffung von PET-Flaschen und des
41 Flaschenwasserverkaufs.

42 Wir fordern:

- 43 • Restaurants und andere gastronomischen Betriebe sollen ab Sommer 2020
44 verpflichtet werden, Menschen mit kostenlosem Wasser zu versorgen
- 45 • Bis 2021 soll jede U-Bahn- und S-Bahn-Station einen öffentlichen
46 Trinkbrunnen haben
- 47 • Das Berliner Trinkbrunnennetz soll ausgebaut werden
- 48 • Der Verkauf von Wasser in PET-Flaschen soll eingestellt werden.

A6 Für eine neue, juristische Definition von Antisemitismus

Antragsteller*in: Lennard Gottmann (Landesvorstand)

1 Der Anschlag von Halle hat uns erneut auf dramatische Weise vor Augen geführt
2 wie tödlich Antisemitismus ist. Der Täter gab unmittelbar nach der Tat zu aus
3 Judenhass gehandelt zu haben.

4 Um den Antisemitismus in der Gesellschaft effektiver bekämpfen zu können braucht
5 es eine Grundlage, um diesen mit den Mitteln des Rechtsstaates bekämpfen zu
6 können. Viel zu häufig werden Straftaten immer noch nicht als antisemitisch
7 eingestuft, obwohl sie von Expert*innen als solche eingestuft werden. Die
8 Urteile in den Verfahren Ditfurth gegen Elsässer oder Amadeus Antonio Stiftung
9 gegen Xavier Naidoo machen deutlich, dass auch die Gerichte einer antiquierten
10 Vorstellung von Antisemitismus anhängen.

11 Die Grüne Jugend fordert die Politik auf, eine neue Definition von
12 Antisemitismus zu entwickeln, die nicht mehr nur den Holocaust als Maßstab
13 verwendet, sondern auch neuere Formen des Judenhasses, wie beispielsweise die
14 Infragestellung des Existenzrecht des Staates Israel oder die Dämonisierung des
15 jüdischen Staates, als solchen anerkennt.

Begründung

Erfolgt mündlich

A7 Boden(preis)deckel

Antragsteller*in: Jun Chen

1 Die Grüne Jugend Berlin möge beschließen, sich für einen Bodenpreisdeckel und
2 dem Vorbehalt der Flächeninanspruchnahme bei Bauvorhaben (sog. Bodendeckel)
3 einzusetzen.

4 Bodenpreisdeckel

5 Die Bodenpreise sind für fünf Jahre einzufrieren.

6 Bodendeckel

7 Bauvorhaben dürfen nur dann genehmigt werden, wenn sie das Wohl der
8 Allgemeinheit insbesondere in den folgenden Punkten im ausreichenden Maße
9 berücksichtigen:

- 10 • Schaffung und Erhaltung leistbaren Wohnraums
- 11 • Belange des Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes (vgl. Klimavorbehalt)
- 12 • soziale und kulturelle Bedürfnisse der Bevölkerung
- 13 • Belange von Geflüchteten oder Asylbegehrenden

A8 Umgang mit der Straßensexarbeit im Kurfürstenkiez - Sperrbezirke verhindern

Antragsteller*in: Milena Bachmann

1 Im Kurfürstenkiez gibt es seit jeher immer wieder Konflikte zwischen Anwohnenden
2 und der dort ansässigen Sexarbeitendenszene.

3 Teile der Anwohnenden rund um das Gebiet stören sich an der Verschmutzung der
4 Straßen durch zurückgelassene Spritzen und Kondome sowie der im öffentlichen
5 Raum stattfindenden Sexarbeit. Einige Politiker*innen und Vereine fordern
6 deshalb ein Verbot von Sexarbeit in diesem Gebiet. Wir als Grüne Jugend sprechen
7 uns ausdrücklich gegen solche sogenannten "Sperrgebiete" aus. Zwar müssen oben
8 genannte Probleme ernst genommen werden, allerdings ist das Verdrängen der
9 Sexarbeitenden in ein Industriegebiet keine sinnvolle Lösung. Sexarbeit ist in
10 Deutschland ein anerkanntes Gewerbe. Menschen, die in diesem Gewerbe tätig sind,
11 in die Illegalität zu drängen, schränkt das Recht auf Ausübung dieser Tätigkeit
12 ein.

13 Im Kurfürstenkiez gibt es bereits eine Infrastruktur an Beratungsangeboten und
14 medizinischer Versorgung für Sexarbeitende sowie Gesprächsrunden, die den
15 Austausch zwischen Anwohnenden und Sexarbeitenden fördern sollen. Wenn durch die
16 Schaffung eines Sperrbezirks diese Infrastruktur wegfällt, werden die
17 Arbeitsbedingungen für Sexarbeitende unsicherer. Das darf nicht passieren. Auch
18 Straßensexarbeitende müssen die Möglichkeit haben ihren Arbeitsplatz, in einem
19 gewissen Rahmen, frei zu wählen.

20 Deshalb fordern wir andere Lösungsansätze.

21 Die grüne Jugend Berlin...

- 22 • fordert ein klares Signal der Solidarität mit den Sexarbeitenden
- 23 • lehnt Sperrbezirke für Sexarbeit ab
- 24 • fordert die Schaffung eines sicheren Umfelds für Straßensexarbeit
- 25 • fordert finanzielle und personelle Unterstützung der bereits vorhandenen
26 Beratungsstellen sowie medizinischer Beratung und Versorgung vor Ort
- 27 • fordert die vermehrte Einrichtung sanitärer Anlagen in Gebieten mit
28 Straßensexarbeit
- 29 • fordert vermehrtes Aufstellen von Mülleimern in Gebieten mit
30 Straßensexarbeit
- 31 • lehnt ein offensiveres Auftreten beziehungsweise eine stärkere
32 Sichtbarkeit der Polizei ab
- 33 • fordert die gezielte Bereitstellung von Dolmetscher*innen
- 34 • fordert die Schaffung eines Drogenkonsumraums mit durchgängigen
35 Öffnungszeiten
- 36 • fordert eine differenzierte Betrachtung anderer Probleme im
37 Kurfürstentempel, sodass eine pauschale Herstellung von Zusammenhängen mit
38 der Sexarbeit verhindert wird
- 39 • fordert einen niedrigschwelligen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung
40 auch für migrantische und nicht registrierte Sexarbeitende
- 41 • fordert das Ende eines automatischen Weiterleitens Hilfesuchender an
42 Ausstiegsorganisationen seitens öffentlicher Institutionen, wenn die
43 Sexarbeitenden dies nicht wünschen
- 44 • fordert eine differenzierte Darstellung unterschiedlicher Formen der
45 Straßensexarbeit und ein Ende der fälschlichen Gleichsetzung
46 unterschiedlicher Sexarbeitender im politischen Diskurs
- 47 • fordert eine individuelle Bereitstellung staatlicher Hilfeleistungen in
48 Absprache mit der einzelnen Person

49 Für den Erhalt eines offenen und bunten Kurfürstentempels halten wir es für
50 wichtig, die dort ansässigen Sexarbeitenden mit einzubeziehen und deren
51 Bedürfnisse zu achten und eine gefährliche Verdrängung in Industriegebiete zu
52 verhindern. Die Berücksichtigung von Interessen der Anwohnenden darf nicht auf
53 Kosten der Sexarbeitenden stattfinden und die pauschale Behandlung der
54 Sexarbeitenden von oben herab muss ein Ende haben. Straßensexarbeitende müssen
55 als gleichwertige Mitglieder unserer Gesellschaft behandelt werden.

Begründung

erfolgt mündlich